

CHAPITRE IV. — *Exécution des marchés*

Art. 30. Pour les conventions dont le montant n'excède pas 1 000 000 de francs, le Commissaire général au Tourisme est habilité à accorder, par une décision motivée, une prolongation du délai sur la base des dispositions prévues par l'article 16, § 1er et § 2, de l'arrêté ministériel du 10 août 1977 établissant le cahier général des charges des marchés publics de travaux, de fournitures et de services.

Art. 31. Pour les conventions jusqu'à un montant de 1 000 000 de francs le Commissaire général au Tourisme est habilité à prendre d'office des mesures contre la partie contractante en cas d'application des articles 48, § 4, et 66, § 3, de l'arrêté ministériel susdit du 10 août 1977.

Art. 32. En cas de réception tardive, le Commissaire général au Tourisme est habilité, quel que soit le montant du marché, à accorder, par décision motivée, des remises d'amende jusqu'à concurrence de 150 000 francs.

Art. 33. Le Commissaire général au Tourisme a reçu délégation d'approuver les dépenses supplémentaires jusqu'à concurrence de 10 p.c. du montant original de la soumission pour autant que les frais généraux afférents à l'entreprise des marchés n'excèdent pas l'article 25 du présent arrêté.

Art. 34. Le titulaire des fonctions mentionnées dans ce règlement, qui a passé le marché, a également compétence d'approuver l'exécution du marché.

Le présent règlement a été approuvé par le conseil d'administration du Commissariat général flamand au Tourisme, le 23 juillet 1986.

Vu pour être annexé à l'arrêté de l'Exécutif flamand portant approbation du règlement fixant les modalités selon lesquelles le conseil d'administration du Commissariat général flamand au Tourisme exerce ses attributions.

Bruxelles, le 10 septembre 1986.

Le Président de l'Exécutif flamand,
G. GEENS

Le Ministre communautaire de la Culture,
P. DEWAELE

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT

D. 87 — 951

5. DEZEMBER 1986. — Erlaß der Exekutive bezüglich des Anrechts auf Studienbeihilfen und ihres Betrages

Wir, Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionellen Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, insbesondere der Artikel 1 und 18;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Regelung der Unterzeichnung der Erlasse der Exekutive;

Aufgrund des am 9. Oktober 1986 abgegebenen Gutachtens des Rates für Studienbeihilfen;

Aufgrund des günstigen Gutachten des Finanzinspektors vom 21. November 1986;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3 § 1, wie er durch das Gesetz vom 9. August 1980 abgeändert wurde;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der dringenden Notwendigkeit, zu Beginn des Schuljahres die Ausführungsmodalitäten zur Gewährung der Studienbeihilfen schnellstmöglich festzulegen;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien und nach Beratung der Exekutive vom 26. November 1986,

Beschiessen :

Artikel 1. Für die Anwendung des vorerwähnten Dekretes vom 26. Juni 1986 gilt, daß jedes Studienjahr im Sekundar- oder im Hochschulunterricht unter dem Niveau des darauffolgenden Studienjahres desselben Unterrichtszyklus liegt.

Der Universitätsunterricht und der Hochschulunterricht mit langer Studiendauer haben ein höheres Niveau als die anderen Formen des Hochschulunterrichts.

Ein Spezialisierungsstudium oder -jahr gilt im Sinne des Dekretes nicht als ein Studium oder Studienjahr eines höheren Niveaus als das bereits vorher abgeschlossene Universitäts- oder Hochschulstudium.

Art. 2. § 1. Das global besteuerebare Jahresnettoeinkommen des Schülers oder Studenten, unter Einbeziehung seines getrennt steuerbaren Einkommens, und das entsprechende Einkommen der Person, die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkommt oder diesen gewährleistet, dürfen die in § 2 angegebenen Höchstbeträge nicht übersteigen.

§ 2. Für den Sekundarunterricht einschließlich der Krankenplegeschule gelten folgende Höchstsätze :

360 750 Fr, wenn der Schüler allein für seinen Unterhalt aufkommt;

481 000 Fr, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, eine Person steuerlich zu Lasten hat;

631 312 Fr, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, zwei Personen steuerlich zu Lasten hat;

811 687 Fr, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, drei Personen steuerlich zu Lasten hat.

Dieser Betrag wird um 100 375 Fr für jede weitere zusätzliche Person, die steuerlich zu Lasten ist, erhöht.

Für den Universitäts- und Hochschulunterricht gelten folgende Höchstsätze :

356 408 Fr, wenn der Student allein für seinen Unterhalt aufkommt;

537 160 Fr, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, eine Person steuerlich zu Lasten hat;

685 872 Fr, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, zwei Personen steuerlich zu Lasten hat;

863 824 Fr, wenn er oder die Person, die für seinen Unterhalt aufkommt, drei Personen steuerlich zu Lasten hat.

Dieser Betrag wird um 88 608 Fr für jede weitere zusätzliche Person, die steuerlich zu Lasten ist, erhöht.

§ 3. Ausser in den Fällen, die in den nachstehenden Artikeln 5 und 6 vorgesehen sind, entspricht das in Artikel 2, § 2, des vorliegenden Erlasses angegebene Einkommen demjenigen des vorletzten Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres vorausgeht. Falls dieses Einkommen vor Ablauf der Frist zur Einreichung des Antrages nicht bekannt ist, so gilt das Einkommen des vorvorletzten Kalenderjahres.

Art. 3. Wenn sich unter den Personen zu Lasten mehrere Studenten befinden, die während des in Betracht gezogenen akademischen Jahres ein Universitäts- oder Hochschulstudium absolvieren, dann werden mit Ausnahme des Antragstellers soviel Personen hinzugezählt, wie es Studenten gibt, die ein Universitäts- oder Hochschulstudium absolvieren.

Art. 4. § 1. Unbeschadet der Bestimmungen des Artikels 5 dieses Erlasses entspricht der Jahresbetrag der Studienbeihilfen für einen Schüler oder Studenten des Sekundarunterrichts oder Universitäts- und Hochschulunterrichts dem Ergebnis einer Multiplikation, deren Multiplikant eine Pauschale ist, die in § 6 in Franken ausgedrückt wird, und deren Multiplikator eine Punktezahl ist. Dieses Ergebnis wird für den Sekundarunterricht nach oben auf 50, für den Hochschul- und Universitätsunterricht nach unten auf hundert abgerundet.

§ 2. Die Punktezahl lässt sich aus den Tabellen der nachstehenden Paragraphen 4 und 5 ablesen und hängt von folgenden Parametern ab :

1° den Einkommensklassen der in Artikel 2, § 2, angesprochenen Personen, wobei die Einteilungen und Höchstgrenzen unter Berücksichtigung der in Artikel 2 und 3 steuerlich zu Lasten geltenden Personen in der Tabelle des nachfolgenden § 3 abzulesen sind;

2° der Wohnsituation des Schülers oder Studenten;

3° der Tatsache, ob der Student Familien- oder Waisenzulagen erhält oder nicht.

§ 3. Es gibt fünf Einkommensklassen, die von I bis V nummeriert sind.

1. Für den Sekundarunterricht einschließlich der Krankenpflegeschule

Personen zu Lasten	Jahreseinkommen				
	I	II	III	IV	V
0	360 750	288 600	216 450	144 300	72 150
1	481 000	384 800	288 600	192 400	96 200
2	631 312	505 050	378 787	252 525	126 262
3	811 687	649 350	487 012	324 675	162 337
4 und mehr	+ 180 375	+ 144 300	+ 108 225	+ 72 150	+ 36 075

2. Für den Universitäts-, und Hochschulunterricht :

Personen zu Lasten	Jahreseinkommen				
	I	II	III	IV	V
0	356 408	285 128	213 846	142 564	71 282
1	537 160	429 728	322 296	214 864	107 431
2	685 872	548 536	411 402	274 268	137 134
3	863 824	691 060	518 295	345 530	172 765
4 und mehr	+ 88 608	+ 70 884	+ 53 163	+ 35 442	+ 17 721

§ 4. In der nachfolgenden Punktetabelle für den Universitäts- und Hochschulunterricht haben die Großbuchstaben folgende Bedeutung :

Der Buchstabe A bezeichnet den Studenten, der seinen Wohnsitz in der Gemeinde hat, in der sich die Universität oder Hochschule befindet, die er besucht, oder in einem höchstens 10 km davon entfernten Ort.

Der Buchstabe B bezeichnet den Studenten, der sich nicht in dem unter A angegebenen Fall befindet und der täglich Anfahrten zur Unterrichtsanstalt hat.

Der Buchstabe C bezeichnet den Studenten, der in einem Internat, einem Studentenwohnheim oder in einer Mietwohnung lebt, die sich in der Gemeinde oder in einer angrenzenden Gemeinde der besuchten Unterrichtsanstalt befindet.

Der Buchstabe F betrifft den Studenten, der eine Familien- oder Waisenzulage erhält; der Buchstabe K betrifft denjenigen, der diese Zulage nicht erhält.

Der Buchstabe D bezeichnet den Vollwaisen, der steuermäßig keiner Person zu Lasten fällt.

Kategorien		Punktezahl				
—		I	II	III	IV	V
A	F	6	9	12	16	20
	K	8	11	15	20	24
B	F	8	11	15	18	22
	K	10	13	18	22	27
C	F	13	17	21	25	30
	K	16	21	26	31	36
D		45				

§ 5. Für den Sekundarunterricht bezeichnet der Buchstabe A den Schüler, der nicht im Internat wohnt; der Buchstabe B den Schüler, der im Internat wohnt; der Buchstabe D den Vollwaisen, der steuermäßig keiner Person zu Lasten fällt.

Kategorien		Punktezahl				
—		I	II	III	IV	V
A		5	6	8	10	12
B		15	18	24	30	36
D		60				

§ 6. Der Pauschalbetrag wird je nach Unterrichtsstufe wie folgt festgelegt :

Sekundarunterricht-Unterstufe 377 Fr.

Sekundarunterricht-Oberstufe 699 Fr.

Zusätzlicher beruflicher Sekundarunterricht-Krankenpflegeschule A2 800 Fr.

Hochschul und Universitäts-unterricht 2 949 Fr.

Art. 5. § 1. Wenn der Schüler oder Student ausschließlich selbst für Unterhalt aufkommt, kann das berücksichtigte Einkommen auf sein Einkommen beschränkt werden, insofern er über ein Berufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen verfügt hat, verfügt oder verfügen wird :

1° entweder während des Kalenderjahres, das dem Jahr der Antragstellung vorausgeht, und während des Kalenderjahres der Antragstellung;

2° oder während des Kalenderjahres der Antragstellung und während des Kalenderjahres, welches dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt.

Das so bezogene Einkommen darf im Schnitt nicht niedriger sein als der Durchschnitt der für die Besteuerung der natürlichen Personen für die beiden Bezugsjahre vorgesehenen Mindestbeträge.

§ 2. Die unter Paragraph 1, Absatz 1, 1° und 2° sowie Absatz 2 angegebenen Bedingungen sind nicht anwendbar auf :

1° einen Vollwaisen;

2° einen Schüler oder Studenten, dessen überlebender Elternteil oder dessen Eltern die elterliche Gewalt verwirkt haben;

3° einen Schüler oder Studenten, der trotz seiner Volljährigkeit noch ganz oder teilweise zu Lasten eines öffentlichen Sozialhilfezentrums, eines Jugendschuttkomitees oder eines Jugendgerichts geht;

4° einen Schüler oder Studenten, der in Belgien als politischer Flüchtling anerkannt ist;

5° einen Schüler oder Studenten, der infolge der Scheidung seiner Eltern allein für seinen Unterhalt aufkommen muß, insofern die Scheidung im Laufe der zwei Kalenderjahre vor dem Jahr der Beantragung einer Studienbeihilfe ausgesprochen wurde.

In diesen Fällen muß der Schüler oder Student, oder sein gesetzlicher Vertreter, falls er minderjährig ist, dem Antrag auf Studienbeihilfe eine schriftliche Erklärung mit beglaubigter Unterschrift beifügen. Hierin muß er auf Ehre und Gewissen bestätigen, daß während des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres niemand, ganz oder teilweise, für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkommt.

§ 3. Der (die) Ehegatte(gattin) kann als Person betrachtet werden, die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkommt, insofern die Ehe vor dem ersten November des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres geschlossen wurde.

Das in Betracht gezogene Einkommen kann auf das Einkommen des (der) Ehegatten (-in) beschränkt werden, wenn er oder sie über ein Berufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen verfügt hat, verfügt oder verfügen wird :

1° entweder während des Kalenderjahres, das dem Jahr der Antragstellung vorausgeht, und während des Kalenderjahres der Antragstellung;

2° oder während des Kalenderjahres der Antragstellung und während des Kalenderjahres, welches dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt.

Das so bezogene Einkommen darf im Schnitt nicht niedriger sein als der Durchschnitt der für die Besteuerung der natürlichen Personen für die beiden Bezugsjahre vorgesehenen Mindestbeträge.

§ 4. In Abweichung von Artikel 2, § 3 des vorliegenden Erlasses wird für die Berechnung der Studienbeihilfen berücksichtigt :

1° das Einkommen des Kalenderjahres, im Laufe dessen das Schuljahr oder akademische Jahr beginnt, für den § 1 und § 3 des Artikels 5;

2° das Einkommen des Kalenderjahres, welches dem Beginn des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres folgt, für den § 2 des Artikels 5.

Art. 6. § 1. Für den Sekundar, Universitäts- und Hochschulunterricht kann im Interesse des Schülers in Abweichung von Artikel 2, § 3, das Einkommen berücksichtigt werden, wie es in den folgenden Absätzen beschrieben wird :

1° Wenn sich das Einkommen der Person(en), die für den Unterhalt des Schülers oder Studenten aufkomm(t)en, durch Todesfall, Pensionierung, Scheidung oder tatsächliche Trennung seit mindestens einem Jahr vor 31. Oktober des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres verringert hat, wird das Einkommen des Kalenderjahres, das dem Beginn des in Betracht gezogenen Schuljahres oder akademischen Jahres folgt, als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen.

Dieser neuen Situation kann nur dann Rechnung getragen werden, wenn sie im Laufe des normalerweise zu berücksichtigenden Kaldenderjahres oder später, spätestens jedoch am 1. März des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres eingetreten ist.

2. Wenn sich das Einkommen infolge des Verlustes der Hauptarbeitsstelle oder der Einstellung jeder gewinnbringenden Tätigkeit verringert hat, wird des Einkommen das Kalenderjahres, in dessen Verlauf das betreffende Schuljahr oder akademische Jahr beginnt, als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen.

Diese Hauptarbeitsstelle oder diese Tätigkeit muß am 1. Januar vor dem in Betracht gezogenen Schuljahr oder akademischen Jahr während mindestens zwei Kalenderjahren ausgeübt worden sein.

Dieser neuen Situation kann jedoch nur unter der Bedingung Rechnung getragen werden, daß sie im Laufe des normalerweise zu berücksichtigenden Steuerjahres oder später, spätestens jedoch am 1. März des betreffenden Schuljahres oder akademischen Jahres eingetreten ist.

3. Wenn sich das Einkommen infolge einer Arbeitslosigkeits- oder Krankheitsperiode verringert hat, während der eine Arbeitslosenunterstützung oder Krankengeld über mindestens dreißig Tage hinweg gezahlt worden ist, wird das Einkommen des Kalenderjahres, in dessen Verlauf das betreffende Schuljahr oder akademische Jahr beginnt, als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen.

§ 2. Für den Universitäts- oder Hochschulunterricht gilt in Abweichung von Artikel 2, § 3, folgende Bestimmung :

Das Einkommen des Kalenderjahres, das dem Beginn des betreffenden akademischen Jahres folgt, wird als Bezugseinkommen für die endgültige Festlegung der Beihilfe herangezogen, wenn der Student alle nachstehenden Bedingungen erfüllt :

- an dem zur Eingabe des Antrags auf Studienbeihilfe festgesetzten Datum mindestens 25 Jahre alt sein;
- mindestens während der zwei ganzen Kalenderjahre, die dem Beginn seines Studiums vorausgehen, über ein Nettoberufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen verfügen, das zumindest dem zu versteuernden Mindestbetrag der Einkommenssteuer der natürlichen Personen entspricht;
- sich verpflichten, seine beruflichen Tätigkeiten für die gesamte Dauer des Studiums zu beenden oder zu unterbrechen.

Art. 7. § 1. In Anwendung von Artikel 5 und 6 wird zunächst eine vorläufige Beihilfe gewährt. Es ist eine Pauschale, die sich auf folgende Summe beläuft :

- 4 600 Franken für die Sekundarschüler, einschließlich der Krankenpflegeschüler, die extern sind;
- 9 200 Franken für die Sekundarschüler, einschließlich der Krankenpflegeschüler, die intern sind;
- 30 000 Franken für die Studenten des Hochschul- und Universitätsschulwesens, die ihren Wohnsitz höchstens 10 km von der besuchten Unterrichtsanstalt haben;
- 40 000 Franken für die Studenten des Hochschul- und Universitätsschulwesens, die ihren Wohnsitz mindestens 10 km von der besuchten Unterrichtsanstalt haben;
- 50 000 Franken für die Studenten des Hochschul- und Universitätsschulwesens, die intern oder ein Studentenzimmer mieten.

2. Der endgültige Betrag wird festgelegt, sobald das Einkommen des (der) als Bezugsjahr(e) dienenden Jahres (Jahre) von der Verwaltung der direkten Steuern überprüft worden ist.

3. Es wird keine vorläufige Beihilfe gewährt, wenn das Einkommen des Kalenderjahres, wie es in Artikel 2, § 2, und 3 des vorliegenden Erlasses vorgesehen wird, höher ist als 150 % des zulässigen Höchstbetrages.

Art. 8. Die Höhe des Einkommens wird mittels Aufstellungen der Verwaltung der direkten Steuern festgelegt.

Als Berufseinkommen und/oder Ersatzeinkommen gilt für die Anwendung dieses Erlasses der Betrag der Berufseinkommen nach Abzug der Berufsausgaben oder-lasten, der berufsbedingten Verluste und der in den Artikeln 54 und 56 des Einkommensteuergesetzbuches vorgesehenen Ausgaben und Freibeträge.

Die nicht in Belgien versteuerten Einkommen werden in Betracht gezogen.

Art. 9. Die in Artikel 2 § 2 und Artikel 4, § 3 und § 6, festgelegten Beträge sind gültig für das Schuljahr 1986-1987 und werden jährlich angepaßt mittels eines Koeffizienten, den die Exekutive festlegt, nachdem sie das Gutachten des Rates für Studienbeihilfen eingeholt hat.

Art. 10. Der Königliche Erlaß vom 16. Oktober 1972 bezüglich der Kriterien, die zur Festlegung der Höhe der Studienbeihilfen dienen, und die Ministerialerlasse vom 13. Dezember 1972, 13. Dezember 1978 und 20. August 1979, in Ausführung des vorerwähnten Königlichen Erlasses vom 16. Oktober 1972 werden aufgehoben, was die Deutschsprachige Gemeinschaft betrifft.

Art. 11. Der Gemeinschaftsminister, in dessen Zuständigkeitsbereich die Ausbildung liegt, wird mit der Ausführung des vorliegenden Erlasses beauftragt.

Art. 12. Der vorliegende Erlaß tritt am 1. September 1986 in Kraft.

Eupen, den 5. Dezember 1986.

Für die Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft :

Der Vorsitzende der Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft,
J. MARAITE

Der Gemeinschaftsminister für Ausbildung, kulturelle Animation
und Medien,
B. FAGNOUL

TRADUCTION

COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 87 — 951

5 DECEMBRE 1986. — Arrêté de l'Exécutif concernant
le droit aux allocations d'études et leur montant

Nous, Exécutif de la Communauté germanophone,

Vu la loi du 31 décembre 1983 de réformes institutionnelles pour la Communauté germanophone;

Vu le décret du 26 juin 1986 relatif à l'octroi d'allocations d'études, notamment les articles 1 et 18;

Vu l'arrêté de l'Exécutif du 3 décembre 1986 réglant la signature des arrêtés de l'Exécutif;

Vu l'avis du Conseil des allocations d'études donné le 9 octobre 1986;

Vu l'avis favorable de l'Inspection des Finances du 21 novembre 1986;

Vu les lois sur le Conseil d'Etat, coordonnées le 12 janvier 1973, notamment l'article 3, § 1, tel qu'il a été modifié par la loi du 9 août 1980;

Vu l'urgence;

Considérant la nécessité urgente d'établir en début d'année aussi rapidement que possible les modalités d'application de l'octroi des allocations d'études;

Sur proposition du Ministre communautaire de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média et après la délibération de l'Exécutif du 26 novembre 1986,

Arrêtons :

Article 1er. Pour l'application du décret du 26 juin 1986 précité, il est considéré que chaque année d'études dans l'enseignement secondaire ou dans l'enseignement supérieur est d'un niveau inférieur à celui de l'année d'études suivante du même cycle.

L'enseignement universitaire et l'enseignement supérieur de type long ont un niveau supérieur aux autres formes de l'enseignement supérieur.

Des études ou une année de spécialisation ne sont pas considérées au sens du décret comme des études ou comme une année d'études d'un niveau supérieur comme le sont les études universitaires ou supérieures précédemment accomplies.

Art. 2. § 1er. Le revenu annuel net imposé globalement de l'élève ou de l'étudiant, majoré du revenu imposé distinctement, et le revenu correspondant de la personne qui a la charge de l'entretien de l'élève ou de l'étudiant ou qui y pourvoit, ne peut dépasser les maxima indiqués au § 2.

§ 2. Pour l'enseignement secondaire, y compris les écoles de soins hospitaliers, les maxima sont les suivants :

360 750 F lorsque l'élève pourvoit seul à son entretien;

481 000 F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement une personne à charge;

631 312 F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement deux personnes à charge;

811 687 F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement trois personnes à charge.

Ce montant est majoré de 180 375 F pour chaque personne supplémentaire à charge. Pour l'enseignement universitaire et supérieur, les maxima sont les suivants :

356 408 F lorsque l'étudiant pourvoit seul à son entretien;

537 160 F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement une personne à charge;

685 872 F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement deux personnes à charge;

863 824 F lorsqu'il ou la personne qui pourvoit à son entretien a fiscalement trois personnes à charge.

Ce montant est majoré de 88 608 F pour chaque personne supplémentaire à charge.

§ 3. Hormis dans les cas prévus aux articles 5 et 6 ci-après, le revenu signalé à l'article 2, § 2, du présent arrêté correspond à celui de l'avant-dernière année civile précédant le début de l'année scolaire ou académique envisagée. Au cas où ce revenu n'est pas connu avant l'expiration du délai fixé pour l'introduction de la demande, on prend en considération le revenu de l'antépénultième année civile.

Art. 3. Lorsqu'il y a parmi les personnes à charge plusieurs étudiants qui poursuivent des études universitaires ou supérieures durant l'année académique envisagée, il est compté — à l'exception du demandeur — autant de personnes en sus qu'il n'y a d'étudiants qui poursuivent des études universitaires ou supérieures.

Art. 4. § 1er. Sans préjudice des dispositions de l'article 5 de cet arrêté, le montant annuel des allocations d'études pour un élève ou un étudiant de l'enseignement secondaire ou de l'enseignement universitaire et supérieur équivaut au résultat d'une multiplication dont le multiplicande est un forfait exprimé en francs au § 6 et dont le multiplicateur est un nombre de points. Ce résultat est arrondi pour l'enseignement secondaire à la cinquantaine supérieure et pour l'enseignement supérieur ou universitaire à la centaine inférieure.

§ 2. Ce nombre de points figure aux tableaux des paragraphes 4 et 5 ci-dessous et dépend des paramètres suivants :

1° des classes de revenus des personnes visées à l'article 2, § 2, où les répartitions et les plafonds doivent être relevés au tableau du § 3 ci-dessous en tenant compte des personnes considérées aux articles 2 et 3 comme fiscalement à charge;

2° du domicile de l'élève ou de l'étudiant;

3° du fait que l'étudiant perçoit ou non des allocations familiales ou d'orphelin :

§ 3. Il y a cinq classes de revenus numérotées de I à V.

1. Pour l'enseignement secondaire, y compris les écoles de soins hospitaliers

Personnes à charge	Revenu annuel				
	I	II	III	IV	V
0	380 750	288 600	218 450	144 300	72 150
1	481 000	384 800	288 600	192 400	96 200
2	631 312	505 050	378 787	252 525	126 262
3	811 687	649 350	487 012	324 675	162 337
4 et plus	+ 180 375	+ 144 300	+ 108 225	+ 72 150	+ 36 075

2. Pour l'enseignement universitaire et supérieur:

Personnes à charge	Revenu annuel				
	I	II	III	IV	V
0	358 408	285 128	213 846	142 564	71 282
1	537 180	429 728	322 296	214 864	107 432
2	685 672	548 536	411 402	274 268	137 134
3	863 824	691 060	518 295	345 530	172 765
4 et plus	+ 88 608	+ 70 884	+ 53 163	+ 35 442	+ 17 721

§ 4. Dans le tableau de points ci-dessous concernant l'enseignement universitaire et supérieur, les lettres majuscules ont les significations suivantes :

— La lettre A désigne l'étudiant ayant son domicile soit dans la commune dans laquelle se trouve l'université ou l'école supérieure qu'il fréquente, soit à une distance de 10 km au plus.

— La lettre B désigne l'étudiant qui ne se trouve pas dans le cas de figure A et qui doit quotidiennement effectuer des trajets jusqu'à l'établissement d'enseignement.

— La lettre C désigne l'étudiant qui vit dans un internat, un foyer d'étudiants ou dans une habitation prise en location se trouvant dans la commune ou dans une commune avoisinant celle de l'établissement d'enseignement fréquenté.

— La lettre F désigne l'étudiant qui obtient des allocations familiales ou d'orphelin; la lettre K concerne celui qui n'obtient pas ces allocations.

— La lettre D désigne l'orphelin de père et de mère qui n'est fiscalement à la charge de personne.

Catégories	Nombre de points					
	I	II	III	IV	V	
A	F	6	9	12	16	20
	K	8	11	15	20	24
B	F	8	11	15	18	22
	K	10	13	18	22	27
C	F	13	17	21	25	30
	K	16	21	26	31	36
D		45				

§ 5. En ce qui concerne l'enseignement secondaire, la lettre A désigne l'élève qui ne vit pas à l'internat; la lettre B désigne l'élève qui vit à l'internat, la lettre D l'orphelin de père et de mère qui fiscalement n'est à charge de personne.

Catégories	Nombre de points				
	I	II	III	IV	V
A	5	6	8	10	12
B	15	18	24	30	36
D		60			

§ 6. Le montant forfaitaire est établi selon le cycle d'enseignement :

Enseignement secondaire — cycle inférieur : 377 F;

Enseignement secondaire — cycle supérieur : 699 F;

Enseignement secondaire professionnel complémentaire Ecole de soins hospitaliers A2 : 800 F;

Enseignement supérieur et universitaire : 2 949 F.

Art. 5. § 1er. Lorsque l'élève ou l'étudiant pourvoit seul à son entretien, les revenus considérés peuvent se limiter à ses revenus propres, pour autant qu'il a disposé, dispose ou disposera de revenus professionnels et/ou de revenus de remplacement :

1° soit pendant l'année civile précédant l'année de la demande et pendant l'année civile de la demande;

2° soit pendant l'année civile de la demande et pendant l'année civile suivant le début de l'année scolaire ou académique en question.

La moyenne des revenus ainsi perçus ne peut être inférieure à la moyenne des minima prévus pour l'imposition des personnes physiques, relatifs aux deux années de référence.

§ 2. Les conditions émises au paragraphe 1, alinéa 1, points 1 et 2 ainsi qu'à l'alinéa 2 ne sont pas d'application lorsqu'il s'agit :

- 1° d'un orphelin de père et de mère;
- 2° d'un élève ou d'un étudiant dont le parent survivant ou dont les parents sont déçus de la puissance parentale;
- 3° d'un élève ou d'un étudiant qui malgré sa majorité est encore complètement ou partiellement à charge d'un centre public d'aide sociale, d'un comité de protection de la jeunesse ou d'un tribunal de la jeunesse;
- 4° d'un élève ou d'un étudiant reconnu en Belgique comme réfugié politique;
- 5° d'un élève ou d'un étudiant qui à la suite du divorce de ses parents doit pourvoir seul à son entretien pour autant que le divorce ait été prononcé au cours des deux années civiles précédant l'année de la demande de l'allocation d'études.

Dans ces cas, l'élève ou l'étudiant ou son représentant légal, au cas où celui-ci est mineur, doit joindre à la demande d'allocations d'études une déclaration écrite avec signature certifiée conforme, attestant sur l'honneur que durant l'année scolaire ou académique envisagée personne ne pourvoira en tout ou en partie à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant.

§ 3. Le (la) conjoint(e) peut être considéré(e) comme personne pourvoyant à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant, pour autant que le mariage ait été conclu avant le premier novembre de l'année scolaire ou académique envisagée.

Les revenus pris en compte peuvent être limités aux revenus du (de la) conjoint(e) s'il ou elle a disposé, dispose ou disposera d'un revenu professionnel et/ou d'un revenu de remplacement :

- 1° soit durant l'année civile qui précède l'année de la demande ou durant l'année civile de la demande;
- 2° ou durant l'année civile de la demande et durant l'année civile qui suit le début de l'année scolaire ou de l'année académique en question.

La moyenne des revenus ainsi perçus ne peut être inférieure à la moyenne des minima prévus pour l'imposition des personnes physiques relatifs aux deux années de référence.

§ 4. Par dérogation à l'article 2, § 3, du présent arrêté, on tient compte pour le calcul des allocations d'études :

- 1° des revenus de l'année civile durant laquelle débute l'année scolaire ou académique pour les § 1er et 3 de l'article 5;
- 2° des revenus de l'année civile qui suit le début de l'année scolaire ou académique concernée, pour le § 2 de l'article 5.

Art. 6. § 1er. Dans l'intérêt de l'élève et par dérogation à l'article 2, § 3, on peut en ce qui concerne l'enseignement secondaire, universitaire et supérieur tenir compte du revenu tel qu'il est décrit dans les paragraphes suivants :

1. Lorsque le revenu de la ou des personne(s) qui pourvoit(en)t à l'entretien de l'élève ou de l'étudiant est diminué en raison du décès, de la pension, du divorce ou de la séparation de fait depuis un an au moins au 31 octobre de l'année scolaire ou académique envisagée, c'est le revenu de l'année civile suivant le début de l'année scolaire ou académique prise en considération qui servira de référence pour la fixation définitive de l'allocation. Il ne peut être tenu compte de cette nouvelle situation que si elle est apparue au cours de l'année civile à prendre normalement en considération ou ultérieurement mais au plus tard au 1er mars de l'année scolaire ou académique envisagée.

2. Lorsque le revenu est diminué à la suite de la perte de l'emploi principal ou de la cessation de toute activité lucrative, c'est le revenu de l'année civile au cours de laquelle débute l'année scolaire ou académique envisagée qui servira de référence pour la fixation définitive de l'allocation.

Cet emploi principal ou cette activité doivent avoir été exercés pendant au moins deux années civiles au 1er janvier précédant l'année scolaire ou académique prise en considération.

Il ne peut toutefois être tenu compte de cette nouvelle situation que si elle apparaît au cours de l'année d'imposition à prendre normalement en considération ou ultérieurement, mais au plus tard le 1er mars de l'année scolaire ou académique envisagée.

3. Lorsque le revenu est diminué à la suite d'une période de chômage ou de maladie, pendant laquelle une indemnité de chômage ou une indemnité accordée par l'assurance maladie a été octroyée pendant trente jours consécutifs au moins, c'est le revenu de l'année civile pendant laquelle débute l'année scolaire ou académique envisagée qui servira de référence pour la fixation définitive de l'allocation.

§ 2. Pour l'enseignement universitaire ou supérieur la disposition suivante est en vigueur par dérogation à l'article 2, § 3 :

Le revenu de l'année civile suivant le début de l'année académique envisagée servira de référence pour la fixation définitive de l'allocation lorsque l'étudiant remplit toutes les conditions suivantes :

- être âgé d'au moins 25 ans à la date fixée pour l'introduction de la demande d'allocation d'études;
- avoir disposé au moins durant les deux années civiles complètes précédant le début de ses études d'un revenu professionnel net et/ou d'un revenu de remplacement au moins égal au minimum imposable à l'impôt des personnes physiques;
- s'engager à cesser ou interrompre ses activités professionnelles pour toute la durée des études.

Art. 7. 1. L'allocation accordée en application des articles 5 et 6 est attribuée dans un premier temps, à titre provisoire.

Son montant est forfaitaire; il s'élève à :

- 4 600 F pour les élèves externes du secondaire, y compris les écoles de soins hospitaliers;
- 9 200 F pour les élèves internes du secondaire, y compris les écoles de soins hospitaliers;
- 30 000 F pour les étudiants de l'enseignement supérieur et universitaire dont le domicile est situé à 10 km au plus de l'établissement d'enseignement fréquenté;
- 40 000 F pour les étudiants de l'enseignement supérieur et universitaire dont le domicile est au moins à 10 km de l'établissement d'enseignement fréquenté;
- 50 000 F pour les étudiants de l'enseignement supérieur et universitaire qui sont internes ou locataires d'un logement d'étudiant.

2. Le montant définitif sera fixé dès que les revenus de l'année ou des années servant de référence auront été vérifiés par l'Administration des contributions directes.

3. Aucune allocation provisoire n'est octroyée lorsque les revenus de l'année civile, comme prévu aux articles 2, § 2 et 3, du présent arrêté, sont supérieurs à 150 % du plafond admissible.

Art. 8. Le montant des revenus est établi grâce au relevé de l'Administration des contributions directes.
Sont considérés comme revenus professionnels ou de remplacement, pour l'application de cet arrêté, le montant des revenus professionnels après déduction des dépenses ou charges professionnelles, des pertes dues à la profession, des dépenses et des abatements prévus aux articles 54 et 86 du Code des impôts sur les revenus.
Les revenus non imposés en Belgique sont pris en compte.

Art. 9. Les montants fixés à l'article 2, § 2, et à l'article 4, § 3 et § 6 sont valables pour l'année scolaire 1986-87 et sont réajustés chaque année grâce à un coefficient fixé par l'Exécutif, après avis du Conseil des allocations d'études.

Art. 10. L'arrêté royal du 16 octobre 1972 relatif aux critères servant à la fixation du montant des allocations d'études et les arrêtés ministériels du 13 décembre 1972, du 13 décembre 1978 et du 20 août 1979 pris en exécution de l'arrêté royal dudit 16 octobre 1972 sont abrogés en ce qui concerne la Communauté germanophone.

Art. 11. Le Ministre communautaire qui a la formation dans ses attributions est chargé de l'exécution du présent arrêté.

Art. 12. Le présent arrêté entre en vigueur le 1er septembre 1986.

Eupen, le 5 décembre 1986.

Pour l'Exécutif de la Communauté germanophone :

Le Président de l'Exécutif de la Communauté germanophone,

J. MARAITE

Le Ministre communautaire de la Formation, de l'Animation culturelle et des Média,

B. FAGNOUL

VERTALING

DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 87 — 951

5 DECEMBER 1986. — Besluit van de Executieve over het recht op studietoelagen en het bedrag ervan

Wij, Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

Gelet op de wet van 31 december 1983 tot hervorming der instellingen voor de Duitstalige Gemeenschap;
Gelet op het decreet van 26 juni 1986 betreffende de toekenning van studietoelagen, inzonderheid op artikelen 1 en 18;

Gelet op het besluit van de Executieve van 3 december 1986 houdende regeling van de ondertekening van de besluiten van de Executieve;

Gelet op het op 9 oktober 1986 gegeven advies van de Raad van Studietoelagen;

Gelet op het gunstig advies van de Inspectie van Financiën van 21 november 1986;

Gelet op de wetten op de Raad van State, gecoördineerd op 12 januari 1973, inzonderheid op artikel 3, § 1, zoals gewijzigd bij de wet van 9 augustus 1980;

Gelet op de dringende noodzakelijkheid;

Overwegende dat het dringend noodzakelijk is, zo snel mogelijk de uitvoeringsmodaliteiten tot toekenning van de studietoelagen bij het begin van het schooljaar vast te leggen;

Op voordracht van de Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media en na de beraadslaging van de Executieve op 26 november 1986,

Besluiten :

Artikel 1. Voor de toepassing van het bovengenoemde decreet van 26 juni 1986 geldt dat elk studiejaar in het secundair onderwijs of in het hoger onderwijs onder het niveau ligt van het daaropvolgende studiejaar van dezelfde studiecycclus.

Het universitair onderwijs en het hoger onderwijs van het lange type hebben een hoger niveau dan de andere vormen van het hoger onderwijs.

In de zin van het decreet wordt een specialisatiestudie of -jaar niet als een studie of studiejaar van het hoger niveau beschouwd zoals de reeds doorlopen studie in een universiteit of in een hogeschool.

Art. 2. § 1. Het jaarlijks globaal belastbaar netto-inkomen van de leerling of student, rekening houdend met het afzonderlijk belastbaar inkomen, en het gelijkaardig inkomen van de persoon, die met het onderhoud van de leerling of student belast is of die erin voorziet, mogen de in § 2 vermelde maximumbedragen niet overschrijden.

§ 2. Voor het secundair onderwijs — de scholen voor verpleegstersopleiding inbegrepen — gelden de volgende maximumbedragen :

380 750 frank als de leerling alleen in zijn onderhoud voorziet;

481 000 frank als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet een persoon ten laste heeft;

631 312 frank als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet twee personen ten laste heeft;

811 687 frank als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet drie personen ten laste heeft.

Dit bedrag wordt met 180 375 frank verhoogd voor elke bijkomende persoon ten laste.

Voor het universitair onderwijs gelden de volgende maximumbedragen :

356 408 frank als de student alleen in zijn onderhoud voorziet;

537 160 frank als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet een persoon ten laste heeft;

685 672 frank als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet twee personen ten laste heeft;

863 824 frank als hij of de persoon die in zijn onderhoud voorziet drie personen ten laste heeft.

Dit bedrag wordt met 88 608 frank verhoogd voor elke bijkomende persoon ten laste.

§ 3. Behalve voor de gevallen die van de hiernavermelde artikelen 5 en 6 afhangen, staat het in artikel 2, § 2, van dit besluit vermelde inkomen in overeenstemming met het inkomen van het voorlaatste kalenderjaar, dat het begin van het betrokken school- of academiejaar voorafgaat. Indien dit inkomen vóór het verstrijken van de termijn voor het indienen van de aanvraag niet bekend is dan geldt het inkomen van het op twee na laatste kalenderjaar.

Art. 3. Wanneer er onder de personen ten laste meerdere studenten zijn die tijdens het in aanmerking komend academiejaar een onderwijs in een universiteit of een hogeschool volgen dan worden zoveel personen — met uitzondering van de aanvragen — erbij gerekend, dan er studenten zijn die een onderwijs in een universiteit of een hogeschool volgen.

Art. 4. § 1. Onverminderd de bepalingen van artikel 5 van dit besluit komt het jaarlijks bedrag van de studietoelage voor een leerling of student van het secundair onderwijs of van een universiteit of hogeschool overeen met het resultaat van een vermenigvuldiging waarvan het vermenigvuldigtal een forfait is dat in § 6 in frank uitgedrukt is en waarvan de vermenigvuldiger een puntental is. Dit resultaat wordt op het hogere vijftigtal afgerond voor het secundair onderwijs en op het lagere hondertal afgerond voor het onderwijs in een universiteit of hogeschool.

§ 2. Het puntental kan uit de tabellen van de hierna vermelde § 4 en 5 afgelezen worden en hangt van de volgende parameters af :

1° de inkomsklassen van de in artikel 2, § 2, bedoelde personen, waarbij de indelingen en maxima in de tabel van § 3 afgelezen kunnen worden rekening houdend met de personen die in de artikelen 2 en 3 als personen ten laste beschouwd zijn;

2° de woonplaats van de leerling of student;

3° het feit dat de student kinderbijslagen of wezenuitkeringen krijgt of niet.

§ 3. Er zijn vijf inkomsklassen die van I tot V genummerd zijn.

2. Voor het secundair onderwijs, scholen voor verpleegstersopleiding inbegrepen :

Personen ten laste	Jaarinkomsten				
	I	II	III	IV	V
0	360 750	288 600	216 450	144 300	72 150
1	481 000	384 800	288 600	192 400	96 200
2	631 312	505 050	378 787	252 525	126 262
3	811 887	649 350	487 012	324 675	162 337
4 en meer	+ 180 375	+ 144 300	+ 108 225	+ 72 150	+ 36 075

2. Voor het universiteit en hoger onderwijs :

Personen ten laste	Jaarinkomsten				
	I	II	III	IV	V
0	356 408	285 128	213 846	142 584	71 282
1	537 160	429 728	322 296	214 864	107 431
2	685 672	548 536	411 402	274 268	137 134
3	863 824	691 060	518 295	345 530	172 765
4 en meer	+ 88 608	+ 70 884	+ 53 163	+ 35 442	+ 17 721

§ 4. In de volgende puntentabel voor het universitair en hoger onderwijs hebben de hoofdletters de volgende betekenis :

Met de letter A wordt de student bedoeld die zijn woonplaats ofwel in de gemeente heeft, waarin de universiteit of de hogeschool die hij bezoekt ligt, ofwel op een maximale afstand van 10 km.

Met de letter B wordt de student bedoeld die zich niet in het onder A vermeld geval bevindt en die iedere dag de afstand tot de onderwijsinrichting aflegt.

Met de letter C wordt de student bedoeld, die in een internaat of een studententehuis of in een huurhuis leeft dat in de gemeente van de bezochte onderwijsinrichting of in een aangrenzende gemeente ligt.

Met de letter F wordt de student bedoeld die een kinderbijslag of een wezenuitkering krijgt; met de letter K degene die deze toelage niet krijgt.

Met de letter D wordt de volle wees bedoeld, die voor niemand een persoon ten laste is.

Categorieën		Puntental				
		I	II	III	IV	V
A	F	6	9	12	16	20
	K	8	11	15	20	24
B	F	8	11	15	18	22
	K	10	13	18	22	27
C	F	13	17	21	25	30
	K	16	21	26	31	36
D		45				

§ 5. Voor het secundair onderwijs wordt met de hoofdletter A de leerling bedoeld die niet in een internaat leeft; met de B de leerling die in een internaat leeft; met D de volle wees die voor niemand een persoon ten laste is.

Categorieën	Puntental				
	I	II	III	IV	V
A	5	6	8	10	12
B	15	18	24	30	36
D	60				

§ 6. Het forfaitair bedrag wordt naar het onderwijsniveau als volgt vastgesteld :

- secundair onderwijs: lagere cyclus 377 frank.
- secundair onderwijs: hogere cyclus 699 frank.
- supplementair secundair beroepsonderwijs :
- school voor verpleegstersopleiding A2 : 800 frank.
- hogeschool en universiteit : 2 949 frank.

Art. 5. § 1. Indien de leerling of student uitluitend zelf in zijn onderhoud voorziet kan het in aanmerking genomen inkomen tot zijn eigen inkomen beperkt worden voor zover hij over een beroepsinkomen en/of vervangingsinkomen beschikt heeft, beschikt of beschikken zal :

1° ofwel tijdens het kalenderjaar dat het jaar van de aanvraag voorafgaat en tijdens het kalenderjaar van de aanvraag;

2° ofwel tijdens het kalenderjaar van de aanvraag en tijdens het kalenderjaar dat volgt op het begin van het betrokken school- of academiejaar.

Het gemiddelde van de aldus ontvangen inkomsten mag niet lager zijn dan het gemiddelde van de belastbare minima bepaald bij de belasting van de natuurlijke personen, betreffende de twee referentiejaar.

§ 2. De onder § 1, lid 1, punten 1 en 2, en lid 2 vermelde voorwaarden zijn niet van toepassing op :

1° een volle wees;

2° een leerling of student wiens overlevende ouder of wiens ouders uit hun ouderlijke macht zijn ontzet;

3° een leerling of student, die ondanks zijn meerderjarigheid nog totaal of gedeeltelijk ten laste van een OCMW, van een jeugdbeschermingscomité of van een jeugdrechtbank is;

4° een leerling of student die in België als politieke vluchteling erkend is;

5° een leerling of student die na de echtscheiding van zijn ouders alleen in zijn onderhoud voorzien moet, voor zover de echtscheiding werd uitgesproken binnen de twee kalenderjaren die het jaar van de aanvraag voor een studietoelage voorafgaan.

In die gevallen moet de leerling of student of, als hij minderjarig is, zijn wettelijke vertegenwoordiger een schriftelijke verklaring met gelegaliseerde handtekening bij de aanvraag voor een studietoelage toevoegen. Erin moet hij naar eer en geweten bevestigen dat tijdens het betrokken school- en academiejaar, niemand noch geheel, noch gedeeltelijk zal voorzien in het onderhoud van de leerling of de student.

§ 3. De echtgeno(o)t(e) kan beschouwd worden als de persoon die in het onderhoud van de leerling of de student voorziet, voor zover het huwelijk vóór 1 november van het betrokken school- of academiejaar werd aangegaan.

Het in aanmerking genomen inkomen kan tot het inkomen van de echtgeno(o)t(e) beperkt worden indien hij (ze) over een beroepsinkomen of over een vervangingsinkomen beschikt heeft, beschikt of zal beschikken :

1° ofwel tijdens het kalenderjaar dat het jaar van de aanvraag voorafgaat en tijdens het kalenderjaar zelf van de aanvraag;

2° ofwel tijdens het kalenderjaar zelf van de aanvraag en tijdens het kalenderjaar dat op het begin van het betrokken school- of academiejaar volgt. Het gemiddelde van de aldus ontvangen inkomsten mag niet lager zijn dan het gemiddelde van de belastbare minima bepaald bij de belasting van de natuurlijke personen, betreffende de twee referentiejaar.

§ 4. In afwijking van artikel 2, § 3, van dit besluit wordt voor de berekening van de studietoelage rekening gehouden met :

1° het inkomen van het kalenderjaar tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint voor § 1 en § 3 van artikel 5;

2° het inkomen van het kalenderjaar, dat op het begin van het betrokken school- of academiejaar volgt voor § 2 van artikel 5.

Art. 6. § 1. In afwijking van artikel 2, § 3, kan er voor het secundair, universitair en hoger onderwijs in belang van de leerling rekening worden gehouden met het inkomen zoals het in volgende leden beschreven wordt :

1. Wanneer het inkomen verminderd is ingevolge het overlijden, de oppensioenstelling, de echtscheiding of de feitelijke scheiding sedert ten minste één jaar vóór 31 oktober van het betrokken school- of academiejaar van de persoon of de personen die in het onderhoud van de leerling of student voorziet (voorzien) zal het inkomen van het kalenderjaar dat volgt op het begin van het betrokken school- of academiejaar als referentiejaar dienen voor de definitieve vaststelling van de studietoelage.

Met deze nieuwe toestand kan slechts rekening worden gehouden op voorwaarde dat hij zich heeft voorgedaan gedurende het normaal in aanmerking te nemen kalenderjaar of later, maar uiterlijk op 1 maart van het betrokken school- of academiejaar.

2. Indien het inkomen verminderd is ingevolge het verlies van de hoofdbetrekking of het ophouden met elke winstgevezende activiteit zal het inkomen van het kalenderjaar tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint als referentie dienen voor de definitieve vaststelling van de toelage.

Deze hoofdbetrekking of deze activiteit moeten minstens gedurende twee kalenderjaar uitgeoefend zijn op de eerste januari die het betrokken school- of academiejaar voorafgaat.

Er kan echter alleen rekening worden gehouden met de nieuwe toestand op voorwaarde dat hij zich heeft voorgedaan gedurende het normaal in aanmerking te nemen aanslagjaar of later, maar uiterlijk op 1 maart van het betrokken school- of academiejaar.

3. Wanneer het inkomen verminderd is ingevolge een periode van werkloosheid of van ziekte tijdens dewelke een werkloosheidsuitkering of een door de ziekteverzekering verleende vergoeding werd toegekend minstens dertig opeenvolgende dagen zal het inkomen van het kalenderjaar, tijdens hetwelk het betrokken school- of academiejaar begint, als referentie dienen voor de definitieve vaststelling van de toelage.

§ 2. In afwijking van artikel 2, § 3, is de volgende bepaling geldig voor het universitair of hoger onderwijs :

Het inkomen van het kalenderjaar dat volgt op het begin van het betrokken academiejaar zal als referentie dienen voor de definitieve vaststelling van de toelage indien de student aan alle volgende voorwaarden voldoet :

— tenminste 25 jaar oud zijn op de datum vastgesteld voor het indienen van de aanvraag voor studietoelage;

— tenminste tijdens de twee volle kalenderjaren, die het begin van zijn studies voorafgaan over een netto beroepsinkomen en/of vervangingsinkomen beschikken, dat tenminste gelijk is aan het belastbare minimum van de natuurlijke personen;

— de verbintenis aangaan zijn beroepsactiviteiten voor de hele duur van de studie te staken of te onderbreken.

Art. 7.1. In toepassing van de artikelen 5 en 6 wordt eerst een voorlopige toelage toegekend. Het is een forfait, dat bedraagt:

- 4 600 frank voor de externe leerlingen van het secundair onderwijs, scholen voor verpleegstersopleiding inbegrepen;
- 9 200 frank voor de interne leerlingen van het secundair onderwijs, scholen voor verpleegstersopleiding inbegrepen;
- 30 000 frank voor de studenten van het universitair of hoger onderwijs wier woonplaats ten hoogste 10 km ver van de bezochte onderwijsinrichting ligt;
- 40 000 frank voor de studenten van het universitair of hoger onderwijs wier woonplaats ten minste 10 km ver van de bezochte onderwijsinrichting ligt;
- 50 000 frank voor de studenten van het universitair of hoger onderwijs die intern zijn of een studentenkamer huren.

2. Het definitieve bedrag wordt vastgesteld zodra de inkomsten van het jaar (de jaren) die als referentie moeten dienen door het bestuur van de rechtstreekse belastingen nagezien zijn.

3. Geen voorlopige toelage zal worden toegekend indien de inkomsten van het kalenderjaar, bedoeld bij artikel 2, § 2 en 3 van dit besluit, hoger zijn dan 150 % van het toelaatbare maximumbedrag.

Art. 8. Het bedrag van het inkomen wordt bepaald op basis van de tabellen van het bestuur van de rechtstreekse belastingen.

Onder beroeps- en/of vervangingsinkomsten dient te worden verstaan, voor de toepassing van dit besluit, het bedrag van de beroepsinkomsten na aftrek van de beroepsuitgaven of beroepslasten, van de beroepsverliezen, van de uitgaven en belastingvrije bedragen bedoeld bij de artikelen 54 en 66 van het Wetboek van de inkomstenbelastingen.

De niet in België belastbare inkomsten worden in aanmerking genomen.

Art. 9. De bij artikel 2, § 2, en artikel 4, § 3 en § 6, bepaalde bedragen zijn geldig voor het schooljaar 1986-1987 en worden jaarlijks aangepast met een coëfficiënt vastgesteld door de Executieve nadat zij het advies van de Raad voor Studietoelagen gekregen heeft.

Art. 10. Het koninklijk besluit van 16 oktober 1972 betreffende de criteria voor het vaststellen van het bedrag van de studietoelagen en de ministeriële besluiten van 13 december 1972, 13 december 1978 en 20 augustus 1979, genomen ter uitvoering van het bovengenoemde koninklijk besluit van 16 oktober 1972 worden opgeheven wat de Duitstalige Gemeenschap betreft.

Art. 11. De Gemeenschapsminister tot wiens bevoegdheid de vorming behoort, is belast met de uitvoering van dit besluit.

Art. 12. Dit besluit treedt in werking op 1 september 1986.

Eupen, 5 december 1986.

Voor de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap,

De Voorzitter van de Executieve van de Duitstalige Gemeenschap.

J. MARAITE

De Gemeenschapsminister van Vorming, Culturele Animatie en Media,

B. FAGNOUL

D. 87 — 952

5. DEZEMBER 1986. — Erlaß der Exekutive zur Ausführung bestimmter Artikel des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen

Wir, Exekutive der Deutschsprachigen Gemeinschaft;

Aufgrund des Gesetzes vom 31. Dezember 1983 über institutionelle Reformen für die Deutschsprachige Gemeinschaft;

Aufgrund des Dekretes vom 26. Juni 1986 über die Gewährung von Studienbeihilfen, insbesondere der Artikel 11, § 2, 13, § 2, 16, 19, §§ 2 und 3 und 21;

Aufgrund des Erlasses der Exekutive vom 3. Dezember 1986 zur Regelung der Unterzeichnung der Erlasse der Exekutive;

Aufgrund des am 9. Oktober 1986 abgegebenen Gutachtens des Rates für Studienbeihilfen;

Aufgrund des Günstigen Gutachten des Finanzinspektors vom 14. November 1986;

Aufgrund der am 12. Januar 1973 koordinierten Gesetze über den Staatsrat, insbesondere des Artikels 3, § 1, wie er durch das Gesetz vom 9. August 1980 abgeändert wurde;

Aufgrund der Dringlichkeit;

In Erwägung der dringenden Notwendigkeit, zu Beginn des Schuljahres die Ausführungsmodalitäten zur Gewährung der Studienbeihilfen schnellstmöglich festzulegen;

Auf Vorschlag des Gemeinschaftsministers für Ausbildung, kulturelle Animation und Medien, und nach Beratung der Exekutive vom 26. November 1986,

Beschliessen:

Artikel 1. In Ausführung von Artikel 11, § 2 des obenerwähnten Dekretes gelten als soziale Härtefälle:

1. Wenn das Einkommen aufgrund von Artikel 1 des Dekretes über die Gewährung von Studienbeihilfen unter 50 % des zulässigen Höchsteinkommens liegt;